

Regierungsratsbeschluss

vom 28. August 2018

Nr. 2018/1355

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung Schreiben an das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung wird beschlossen.

Andreas Eng Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen vom 28. August 2018

Verteiler

Staatskanzlei Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3) Finanzdepartement Staatsanwaltschaft Polizei Kanton Solothurn Informations- und Datenschutzbeauftragte Medien (jae)